

Lösung Fall 2 - ÜBERSICHT

A) Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde gemäß Art. 93 I Nr. 4a GG, § 13 Nr. 8a, §§ 90 ff. BVerfGG

I. Beschwerdeberechtigung

II. Verfahrensfähigkeit

III. Prüfungsgegenstand

⇒ Akte aller drei Gewalten justitiabel

IV. Beschwerdebefugnis

1. selbst betroffen?

2. unmittelbar betroffen? (+), da kein Vollzugsakt nötig

3. gegenwärtig betroffen?

P.: Wirkung erst ab 01.01.24 ⇒ aber:

⇒ Gesetz bereits jetzt in Kraft, nur Übergangsfrist

⇒ D sicher und nicht nur eventuell betroffen

⇒ D bereits jetzt zu Dispositionen gezwungen

V. Frist

VI. Rechtswegerschöpfung, § 90 II BVerfGG

VII. Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde

Grds.: VB als ultima ratio ⇒ aber:

⇒ kein Vollzugsakt, gegen den D vorgehen könnte

⇒ zudem Abwarten unzumutbar, da jetzt zu

irreversiblen Dispositionen gezwungen

B) Begründetheit der Verfassungsbeschwerde

I. Verstoß gegen Art. 12 I GG

1. Schutzbereich

a) ⇒ jede erlaubte, auf eine gewisse Dauer angelegte und daher nicht nur vorübergehende, der Schaffung oder Erhaltung einer Lebensgrundlage dienende Tätigkeit (+)

b) Berufsfreiheit umfasst Berufswahl- und Ausübungsfreiheit

hier subj. berufsregelnde Tendenz (+)

2. Eingriff

3. Rechtfertigung

a) Schrankenvorbehalt = Gesetzesvorbehalt

Problem: nach Wortlaut Art. 12 I S. 1 GG schrankenlos, Art. 12 I S. 2 GG einfacher

Gesetzesvorbehalt

aber: Berufswahl und Berufsausübung lassen sich nicht trennen

↳ Berufsausübung wiederholte Bestätigung der Berufswahl ⇒ einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit ⇒ Regelungsvorbehalt erstreckt sich auf das ganze Grundrecht

b) formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit

aa) formelle Verfassungsgemäßheit (+)

bb) materielle Verfassungsgemäßheit

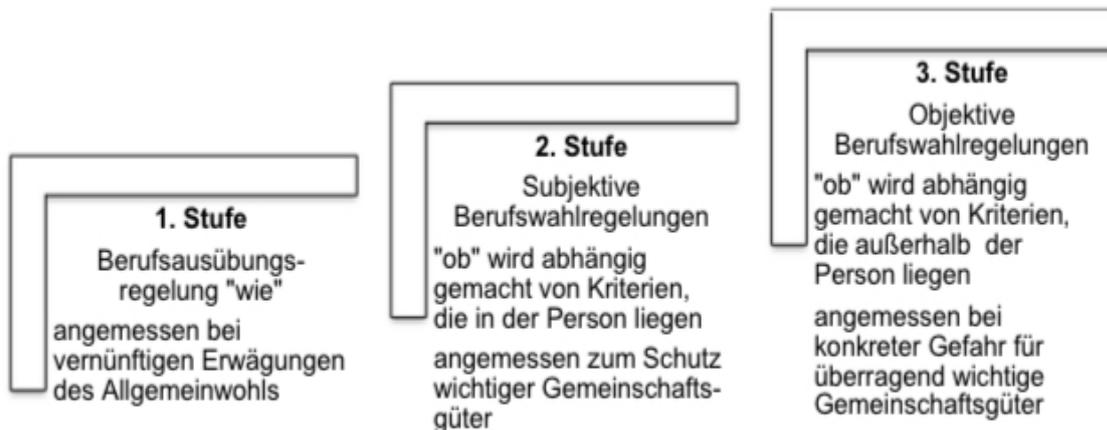
c) Schranken-Schranken

⇒ Verhältnismäßigkeit der Schranke

BVerfG: „Drei-Stufen-Theorie“ =

bes. Ausformung der Verhältnismäßigkeit

- besondere Form der Verhältnismäßigkeit zu beachten
- BVerfG hat im Apotheken- Urteil (E 7, 377 ff.) die **Stufenlehre** entwickelt, nach der je nach Eingriffsintensität unterschiedliche Rechtfertigungsanforderungen zu stellen sind:



Bsp. für Stufe 1: Rechtfertigung von: Ladenschlussregelungen (E 13, 237, 240); Bsp. für Stufe 2: Altersgrenzen für Vertragsärzte (E 103, 172, 185 ff), Befähigungsnachweise im Handwerk (E 13, 97, 113); Bsp. für Stufe 3: Arbeitsvermittlungsmonopol der BA für Arbeit (E 21, 245, 250)

- aa) legitimer Zweck des Eingriffs:
Schutz der Patienten sowie Finanzierung der Sozialversicherung
- bb) Geeignetheit (+)
- cc) Erforderlichkeit
Prüfungspunkt 1 der „Drei-Stufen-Theorie“: Eingriff auf niederer Stufe ausreichend?
⇒ in welche Stufe wird eingegriffen?
Kassenarzt eine typische Berufsgruppe?
falls (-) ⇒ Berufsausübungsregelung; falls (+) ⇒ subj. (da in Person begründet) Berufswahlbeschränkung

hier: Beruf des Arztes im Allgemeinen betroffen (vgl. Ausbildung, allgemeines Tätigkeitsbild und Sprachgebrauch) ⇒ Berufsausübung

aber: Auswirkung de facto wie subj. Zulassungsbeschränkung ⇒ deren Maßstäbe anzulegen ⇒ hier erforderlich, da kein milderer Mittel, insbesondere individuelle Prüfung der Leistungsfähigkeit zu aufwendig

- dd) Verhältnismäßigkeit i.e.S. (+) ⇒ Gesundheit der Patienten wichtiges Rechtsgut, abstrakt gefährdet
⇒ Übergangszeitraum von sieben Jahren ausreichend, um Dispositionen zu treffen,
20-jährige Kassenarztstätigkeit sichergestellt, Möglichkeit, weiterhin Privatpatienten zu betreuen

II. Verstoß gegen Art. 14 GG

Schutzbereich: umfassender Schutz des Erworbenen als Eigentum im verfassungsrechtlichen Sinn
hier: nur Erwerb, nicht auch das Erworbene betroffen

III. Verstoß gegen Art. 3 I GG

Ungleichbehandlung zwischen Ärzten und sonstigen Freiberuflern (+)
aber: andere Risiken/ Anforderungen als sachlicher Grund